53. Jahrgang. № 229. Donnerstag, 19. August 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. 2-spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen aus der Provinz 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Zertext 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Privatseite die Grundzeile 20 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Wettin-Gartenschläuche sind die besten. Gummi- und Asbest-Compagnie Reinhard Stichler & Böttger. Telefon I. 1261. Wettinerstr. 16, nächst dem Tivoli.

Hüttig-Camera-Ausstellung in meinem Schaufenster. Unterricht und Kataloge gratis. Carl Plaul, Königl. u. Prinzl. Hofl., Wallstr. 25.

Weisse Zähne gesundes Zahnfleisch erhält man durch die erfrischende, nach Pfeffermünz schmeckende „Chlorodont-Bleichpaste". Garantiert unschädlich für den Schmelz. Bestes Vorbeugungsmittel gegen Mund- und Zahnkrankheiten, auch für Kinder. Prakt. Ersatz für Zahnpulver u. -Wasser. Spezifisch gegen üblen Mundgeruch. (S. Monatsh. f. prakt. Dermat. 1898, Bd. 17.) Tube 75 Pfg., bei Einsend. von 90 Pfg. franko. Laboratorium Leo, Dresden-A. 1. Haupt-Depot: Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt, ferner in allen Apotheken, bei Herm. Roch, Altmarkt, und sonstigen Drogerien erhältlich.

Komplette Betten und Schlafzimmereinrichtungen in jeder Preislage. :: :: :: :: ::

Steiners Paradiesbett!

Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn Akt.-Ges. Prager Strasse 50, Ecke Sidonienstrasse. Telephon 3226.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, veränderlich.

Für die Brandgeschädigten auf der Dresdner Vogelwiese hat der Rat, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, 10 000 Mark bewilligt.

Die ganze kaiserliche Familie wird am 28. d. M. Zeppelin auf dem Tempelhofer Felde erwarten.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg soll demnächst eine wichtige Kundgebung über Preußens Politik in Nordschleswig erlassen.

Ueber den neuen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag wird demnächst in Washington verhandelt werden.

Die englische Presse veröffentlicht demonstrative Huldigungsartikel für Kaiser Franz Joseph anläßlich seines gestrigen Geburtstages.

In Mora in Oesterreich sind durch eine Feuersbrunst 38 große Bauerngüter niedergebrannt.

Bulgarien beabsichtigt einen ausgedehnten Konsulardienst einzurichten.

Mahmud Schefket Pascha ist vom Kaiser zu den deutschen Manövern eingeladen worden.

Die Dardanellenfrage soll, laut „Voss. Ztg.", trotz der amtlichen Ableugnung in Cowes tatsächlich erörtert worden sein.

Die innerpolitische Lage

steht nach wie vor unter dem Zeichen einer bedenklichen Spannung zwischen den rechts- und linksstehenden Parteien. Der Streit um die Reichsfinanzreform zieht noch immer seine Kreise: wie einst der Sage nach auf den Katalaunischen Gefilden die Geister der Erschlagenen den Kampf in den Lüften fortgesetzt haben, so kämpft man jetzt hüben und drüben um die Finanzreform erbittert weiter fort, die doch eigentlich — als vollendete historische Tatsache — der Vergangenheit angehören sollte. Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt ihr Charakterbild im Urteil der Zeitgenossen! Die einen malen alles nur weiß, die anderen machen schwarz noch schwärzer und verdammen die Reform in Bausch und Bogen, ohne abzuwarten, wie sie sich in der Praxis bewähren wird. Es gibt keinen unerquicklicheren Anblick, als sehen zu müssen, wie die früher befreundeten Blockparteien sich gegenseitig aufs heftigste befehden. Was soll dabei herauskommen? Die Verstimmung unter den einzelnen Gruppen im bürgerlichen Lager wächst immer mehr, und die lachenden Dritten sind, wie immer, die Sozialdemokraten. Und doch ist die ganze Fehde so müßig und unfruchtbar, wie nur irgendmöglich. An der vollzogenen Tatsache ist nichts mehr zu ändern, und jeder, der realpolitisch zu denken und handeln gelernt hat, muß sich damit abfinden. Mit Recht ist von den verschiedensten Seiten darauf hingewiesen worden, daß diese rückwärts gerichteten, unaufhörlichen Polemiken lediglich eine verhängnisvolle Rückwirkung auf den festen Zusammenhalt der bürgerlichen Gesellschaft ausüben können. Der Ausgang der Reichstagsersatzwahl in Landau-Neustadt hat ja deutlich genug gezeigt, wohin wir steuern, wenn es so weiter fortgeht, wie bisher. Die Ersatzwahlen im 19. sächsischen Wahlkreise, in Halle und Koburg stehen bevor; da wäre es zu wünschen, daß man aus der Wahl von Landau-Neustadt die nötigen Lehren zieht und, statt die Zersetzung im bürgerlichen Lager zu fördern, eine Politik der Wiederannäherung, der Sammlung treibt. Sonst könnte es leicht geschehen, daß die Sozialdemokraten neue Siege einheimsen, die bei einem geschlossenen Zusammengehen der Ordnungsparteien unmöglich wären. Erfreulicherweise machen sich denn auch schon Stimmen geltend, die nachdrücklich zum Frieden mahnen; das gilt besonders für das Verhältnis zwischen Konservativen und Nationalliberalen, die ihrer ganzen Art und Geschichte nach sehr eng aufeinander angewiesen sind. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die nationalliberale Partei zurzeit gewissermaßen am Scheidewege steht: ob sie wieder Anschluß nach rechts suchen oder den von ihrem linken Flügel gewünschten Linksabmarsch vollziehen soll. Nationalliberale Blätter, wie z. B. der „Schwäbische Merkur" und die „Dortmunder Ztg.", mahnen die eigene Partei sehr eindringlich, den „rechten" Weg zu gehen, d. h., sich wieder den Konservativen zu nähern. Sie gehen dabei von den nüchternen Zahlen des Stärkeverhältnisses unter den Parteien des Reichstages aus und betonen mit Fug und Recht, daß eine Abwehrmehrheit gegen das Zentrum nur möglich ist, wenn Liberale und Konservative sich in allen nationalen Fragen wieder zusammenfinden.

Wenn die Wogen der jetzigen Erbitterung und Erregung verrauscht sein werden, wird diese Anschauung unseres Erachtens allgemein in der nationalliberalen Partei zum Durchbruch gelangen. Sie müßte sich und ihre ganze Vergangenheit ja verleugnen, wollte sie ihre Mitwirkung bei dem Kampf gegen Sozialdemokratie und Zentrum aus kurzsichtigen Augenblickserwägungen versagen. An den Konservativen wird es gewiß nicht fehlen, wenn Wege zu einer neuen Verständigung gesucht werden. Auch sie müssen, wenn sie die Volksstimmung nicht gegen sich wenden wollen, alles aufbieten, um auch nicht den Verdacht einer durch Sprengung des Blockes herbeigeführten Zentrumsherrschaft im Parlament aufkommen zu lassen. Deshalb sind sie, wie aus parteioffiziösen Erklärungen hervorgeht, jederzeit bereit, den Liberalen, insbesondere den Nationalliberalen den ihnen gebührenden, mitbestimmenden Einfluß offen zu halten. An den Liberalen wird es sein, die dargebotene Hand zur Verständigung zu ergreifen. Aber die erste Vorbedingung ist, daß endlich im Preßkampfe um die Finanzreform, wobei die Liberalen die Aggressive ergriffen haben, zum Rückzug geblasen wird. Die Verhetzung der Massen überlasse man den Sozialdemokraten, die darin unerreichte Meister sind und denen auch, wie die Erfahrung lehrt, in erster Linie die Früchte solcher volksaufwühlenden Agitation zufallen. Die Liberalen sollten in ihrem eigensten Interesse bedenken, daß ihr nachträglicher Kampf gegen die Reichsfinanzreform und gegen die Rechte im letzten Grunde nicht ihnen, sondern der Umsturzpartei zustatten kommt. Sie zu stärken, kann nicht ihre Absicht sein. Allerdings kokettieren die Linksliberalen wieder einmal bedenklich mit einem Block von Bebel bis Bassermann und es ist bezeichnend, daß die sozialdemokratischen Revisionisten, wie z. B. der Berliner Rechtsanwalt Heine, mit süßen Sirenenklängen wenigstens den Freisinn für ein Zusammengehen mit der Umsturzpartei einzufangen suchen. Vergebliches Bemühen! Das Schwergewicht unserer innerpolitischen Verhältnisse wird die bürgerlichen Parteien notgedrungen immer wieder zueinander führen. Extratouren kleiner linksliberaler Parteisplitter mit der Sozialdemokratie können an dieser Notwendigkeit auf die Dauer nichts ändern. Ist die Reichsfinanzreform wirklich geeignet, einen verhängnisvollen Riß im bürgerlichen Lager herbeizuführen? Nie und nimmer! Wir wollen hier nicht hundertmal Gesagtes noch einmal wiederholen, aber so viel steht fest für jeden, der nicht tief im Parteipharisäismus verstrickt ist, daß die Verantwortung für den höchst komplizierten Verlauf und schließlichen Ausgang des Kampfes um die Finanzreform mit seinen unerquicklichen Folgen nicht ausschließlich auf diese oder jene Partei fällt, sondern auf alle Instanzen, die daran beteiligt waren, die Reichsregierung nicht ausgeschlossen. Diese objektive Erwägung sollte doch geeignet sein, die jetzt noch fortwuchernden Parteileidenschaften einigermaßen zu dämpfen. Demgegenüber ist es nicht zu verstehen, wenn ein Mannheimer Organ Bassermanns sich zu dem seltsam widerspruchsvollen Satz versteigt: „Es ist richtig, daß der Idee nach die nationalliberale Partei mit einem nicht durch Klassenpolitik korrumpierten nationalen Konservatismus mehr verbindet als mit der Sozialdemokratie; aber es ist auch ebenso richtig, daß uns in der heutigen politischen Wirklichkeit nichts, aber auch gar nichts mehr mit der Rechten gemein ist . . ."

Sonderbar, höchst sonderbar! Man wird den inneren Widerspruch dieser Auslassung vielleicht besser verstehen, wenn man sich vor Augen hält, daß bei dem gegenseitigen, wenn auch vorläufig nur schüchtern eingestandenen Bedürfnis der Konservativen und Liberalen nach einer Wiederannäherung die Doktorfrage eine gewisse Rolle spielt, wer den ersten Schritt tun soll. Das Mannheimer nationalliberale Blatt verlangt für seine Partei „äußerste Reserve" hierbei und will die Konservativen an sich herankommen lassen. Auf diesem Wege der gegenseitigen Zurückhaltung dürfte man aber wohl nicht so bald zum Ziele gelangen. Weitaus verständiger und praktischer erscheint uns die Mahnung der nationalliberalen „Dortmunder Ztg.", wenn sie schreibt: „Darum: endlich hinweg mit den täglichen ellenlangen Streit- und Hetzartikeln zwischen Konservativen und Liberalen! Hinweg mit sentimentaler Vergeltungs- und Rachepolitik! „Einer muß den Anfang machen mit dem Vergeben!" sagt Björnstjerne Björnson, der selbst politisch wahrlich kein sanfter Sirup- und Schlagsahnencharakter ist. Fange also bei uns daheim im deutschen Vaterlande der Klügere an mit dem Vergeben! Auch dazu gehört Mut" . . . Das trifft den Nagel auf den Kopf! Wird auf beiden Seiten in diesem Geiste gehandelt, so kann die Zeit nicht mehr fern sein, wo Konservative und Liberale wieder, soweit als möglich, Hand in Hand gehen. Beides sind ausgesprochen nationale Parteien; trotz augenblicklicher Verstimmungen hin und her müssen sie sich deshalb wieder zusammen finden im höheren Interesse des Vaterlandes. Bis zum Herbst und zum Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten im Reiche und in den Einzelstaaten bleibt noch Zeit genug, um Raum für eine auch dem Gegner in der Finanzreform gerechter werdende Beurteilung der Dinge zu schaffen und die Wunden des allzuhitzigen Kampfes vernarben zu lassen. Allerdings: wir möchten hoffen, daß die Verständigung noch früher, schon jetzt, einsetzt, damit bei den Ersatzwahlen im Reiche und bei den Landtagswahlen in Sachsen wenigstens in den Stichwahlen ein festgeschlossenes Zusammengehen zwischen rechts und links ermöglicht werde. Dazu wird es nötig sein, die Wahlkampagne im Geiste alter Versöhnlichkeit zu führen: es gilt besonders in Sachsen, gegen den gemeinsamen Gegner, die Sozialdemokratie, einhellig bei den Stichwahlen Front zu machen. Das kann nur gelingen, wenn bei den Wahlkämpfen jede aufreizende und verbitternde Agitation zwischen rechts und links vermieden wird. Für die Umsturzleute gehören alle Parteien ohne Ausnahme, gleichviel ob liberal oder konservativ, zum „bürgerlichen Pack", und die „Leipziger Volkszeitung" hat noch jüngst erklärt, daß die Sozialdemokratie eine stramme Abrechnung mit allen bürgerlichen Parteien von Mehnert bis Günther halten werde. Da sollte doch eigentlich dem „bürgerlichen Pack" der Entschluß nicht schwer fallen, seinerseits in klar erkannter und geübter Gemeinbürgschaft des einfachsten Selbsterhaltungstriebes den Gegner so energisch anzupacken, wie er es verdient.

Trinkt Pfunds Milch!

Neueste Drahtmeldungen

vom 18. August.

Fürst Bülow und die Sozialdemokratie.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag, der bekanntlich dieses Jahr in Leipzig stattfindet, ist erschienen. Bemerkenswert ist vor allem der Triumph über den Sturz Bülows. Es heißt da: Die auf dem Parteitage zu Nürnberg erörterten Fragen der Reichspolitik, Ausbau des Arbeiterschutzes und die Reichsfinanzreform, standen während des ganzen Jahres im Mittelpunkte der Diskussion. Der Ausbau des Arbeiterschutzes ist nicht viel über den Rahmen theoretischer Erörterung hinausgekommen. Ist die Ausbeute an Sozialpolitik sehr mager, so ist die Belastung der Arbeiter durch die neuen Steuern und die Befestigung der Liebesgaben für die Junker um so schlimmer ausgefallen. In dem Kampfe um die Steuern verschwanden zwei Erscheinungen vom politischen Schauplatz, die für das deutsche Volk von verhängnisvoller Bedeutung waren: Fürst Bülow und sein bedeutendstes Werk, der Block. Die Blockpolitik sollte nach Bülows Aeußerung eine Politik sein, in der konservative und liberale Auffassung sich die Wage hielten. Alle Fragen, über die in absehbarer Zeit keine Einigung zu erzielen ist, wollte er ausschalten. Das waren Ansichten eines Phantasten, aber nicht das Programm eines Staatsmannes. In einem Reichstage mit 397 Abgeordneten, in welchem die agrarischen Parteien über 236 Mandate verfügen, wird agrarische Beutepolitik gemacht, mit oder gegen den Willen der Regierung. Konservative, Zentrum, Polen und Antisemiten sind in erster Linie Agrarier. Der letzte Dienst, den Bülow den Agrariern leistete, war die Einleitung der Blockpolitik. Als die Agrarier mit Hilfe freisinniger Stimmen zur parlamentarischen Großmacht geworden waren, konnten sie sich allein helfen und bedurften der Stütze des Kanzlers nicht mehr. Bülow war aber nicht nur agrarischer Kanzler, er war auch Kanzler der Großkapitalisten. Die Sozialreform hat er, soweit es in seiner Macht stand, zum Stillstand gebracht. Wenn je das Tun und Lassen eines Staatsmannes Stoff für die sozialistische Agitation lieferte, so ist es das Wirken des Fürsten Bülow. Unser Erfolg von 1903 war wesentlich mit herbeigeführt durch die Bülowsche Zollpolitik. Seine ganze Tätigkeit in der Agitation richtig ausgenützt, wird uns weitere Millionen von Proletariern zuführen. Bülow hat, soweit es in seiner Macht lag, Deutschland an die Agrarier ausgeliefert. In der Entwicklung von Handel und Industrie ist aber die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung Deutschlands begründet.

Preußens Politik in Nordschleswig.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie das offiziöse Kopenhagener Blatt „Berlingske Tidende" aus Berlin erfahren haben will, würde der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg demnächst in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident eine wichtige Kundgebung über Preußens Politik in Nordschleswig erlassen.